

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbereich außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balber, Ohl, Ruppberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halber i. H. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 154

Preis: 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Druktgebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halber

Mittwoch, den 5. Juli

Erscheint werktätlich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monat. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. - Postfachkonto: Dortmund 2911.

1933

Was muß der Arbeitgeber von der Ehestandshilfe wissen?

Durchführungsbestimmungen für die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Wir veröffentlichen hier den zweiten Teil der von unserem steuerfachlichen Mitarbeiter verfaßten Darstellung der wichtigsten Durchführungsbestimmungen über die Ehestandshilfe.

B.

V. Steuerfreie Einnahmen.

Der Ehestandshilfe unterliegt nicht a) ein Arbeitslohn im Betrage

von weniger als 75 Mark bei Zahlung für volle Monate, von weniger als 36 Mark bei Zahlung für volle 14 Tage, von weniger als 18 Mark bei Zahlung für volle Wochen, von weniger als 3 Mark bei Zahlung für volle Arbeitstage, von weniger als 0,75 Mk. bei Zahlung für zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

b) Versorgungsgebühren nach den verschiedenen Versorgungsgesetzen und aus Krankenversicherung, ferner Renten von Anleihen, Anwartschaften und sonstigen im § 8 des Einkommensteuergesetzes aufgeführten Einkünften ähnlicher Art.

c) Abbauschäden, Abfertigungsgelder und sonstige Kapitalabfindungen für Auflösung von Dienstverhältnissen.

d) Aufwandsentschädigungen, die kein Arbeitslohn sind und vom Finanzamt für steuerfrei erklärt worden sind.

e) Bare Auslagen, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gesondert neben seinem sonstigen Lohn ersetzt, z. B. Reisekosten, Tagelohn und Auslagen in angemessenem Umfang.

VI. Von wann ist Ehestandshilfe einzubehalten?

Von dem Bruttoarbeitslohn, der für die Zeit nach dem 30. Juni 1933 gezahlt wird. Es kommt also auf die Zeit, für die gezahlt wird, und nicht auf den Zeitpunkt, an dem gezahlt wird, an. Prämien und Bonifikationen für Juli im Monat Juni sind daher bereits ehestandshilfepflichtig. Für Wochenlohn einer Lohnwoche, 29. Juni bis 5. Juli, braucht noch keine Ehestandshilfe abgeführt zu werden. Abweichend hiervon kommt es bei einmaligen Einnahmen, wie Tantiemen, Gratifikationen usw. sowie ferner bei Akkordlöhnen, Heimarbeit und ähnlichen Fällen auf den Tag der Zahlung an. Zahlungen nach dem 30. Juni unterliegen der Ehestandshilfe.

VII. Höhe der Ehestandshilfe.

Es gibt zwei Steuersätze. Bei Akkordlohn, Heimarbeit und ähnlichen Fällen, in denen ein Zeitraum für den der Lohn gezahlt wird, nicht feststellbar ist, beträgt die Ehestandshilfe durchweg 2 Prozent des Arbeitslohns.

VIII. Einbehaltung und Abführung

der Ehestandshilfe haben gleichzeitig mit der gewöhnlichen Lohnsteuer nach den für diese geltenden Bestimmungen im Überweisungsverfahren oder Markenverfahren zu erfolgen. Die Ehestandshilfe ist im Lohnkonto gesondert fortlaufend aufzuzeichnen und auch beim Überweisungsverfahren gesondert anzugeben. Für die monatlichen Lohnsteueranmeldungen sind neue Muster eingeführt, die fortan zu benutzen und auf der Finanzämtern kostenlos erhältlich sind. Im Markenverfahren sind die gewöhnlichen Lohnsteuermarken auch für die Ehestandshilfe zu verwenden. Dabei ist diese jeweils auf den nächsten durch fünf teilbaren Reichspennigbetrag nach unten abzurunden. Für rechtzeitige und richtige Abführung haftet der Arbeitgeber genau so wie bei der Lohnsteuer.

Mit Rücksicht auf die vorstehenden Neuerungen und den teilweisen Fortfall der Lohnsteuer hat der Reichsfinanzminister neue Lohnsteuerabgaben herausgegeben, aus denen die eigentliche Lohnsteuer, die Ehestandshilfe und die noch gebliebene Lohnsteuer in einem einzigen Betrage abgelesen werden können.

Nicht einmal Polizeischutz in der Luft.

Eine Pariser Antwort auf Görings Forderung.

Das Pariser Blatt „Petit Parisien“ befaßt sich mit der Absicht der Reichsregierung, einige Polizeiflugzeuge in Auftrag zu geben, um der Verletzung der deutschen Hoheitsrechte durch ausländische Flugzeuge wirksam entgegenzutreten zu können.

In einer ausführlichen Stellungnahme, die aller Wahrscheinlichkeit nach von oben her eingegeben worden ist, spricht das Blatt der Reichsregierung das Recht ab, die Luftpolizei mit Maschinen zu versehen.

Deutschland würde damit nicht nur den Versailler Vertrag, sondern auch das deutsch-alliierte Abkommen vom Mai 1926 verletzen, in dem die Satzungen der deutschen Luftfahrt noch einmal genau aufgestellt worden seien. Dieses Abkommen, das kurz nach Locarno getätigt wurde, stellt in seinem ersten Anhang fest, daß jede militärische Ausbildung in der deutschen Luftfahrt verboten sei. Das Abkommen von 1926 habe immer noch Gültigkeit, und wenn man dies in Berlin zu vergessen scheine, so sei es gut, wenn man es der Reichsregierung noch einmal in das Gedächtnis zurückrufe.

Zunächst: weder im Versailler Diktat noch in dem Abkommen von 1926 ist Deutschland die Einstellung von Polizeiflugzeugen verboten worden. Wäre das der Fall oder auch nur dem Sinne nach gemeint gewesen,

Vor dem Schlußakt in London

Vertagung der Weltwirtschaftskonferenz wahrscheinlich.

Völlige Ergebnislosigkeit.

Nach gerade drei Wochen ist es also nun in London soweit: die mit ungeheurem Aufwand von dem allzeit konferenzfrohen Macdonald in Szene gesetzte Weltwirtschaftskonferenz, die schon seit Tagen in den letzten Zügen lag, ist praktisch so gut wie beendet. In Londoner Kreisen sprach man es am Dienstagvormittag offen aus, daß die für den Donnerstag angesetzte Vollversammlung der „Begräbnis“ der Konferenz bringen werde. Am Dienstagmittag hat denn auch schon der Steuerauschuß der Konferenz beschlossen, der Leitung die „Vertagung“ vorzuschlagen.

Die Vertagung ist eine der Formen, unter denen man das restlose Versagen und die völlige Ergebnislosigkeit der Weltwirtschaftskonferenz zu vertuschen versucht wird, soweit da überhaupt noch etwas zu vertuschen ist. Daran ändern auch formelle Spielereien nichts wie die, daß man das Büro der Konferenz und einige Ausschüsse auch nach der Vertagung beibehalten will. Die Welt hat seit dem Kriege eine

vierzehnjährige Erfahrung schlimmerer Art mit solchen Konferenzen

hinter sich. Die mit nur geringen Hoffnungen, aber gleichwohl allzu großen Enttäuschungen verbundene Londoner Weltwirtschaftskonferenz teilt nun das Schicksal der berüchtigten „Abrüstungskonferenz“, die nach sechsjähriger Vorbereitung und 1½-jähriger „Tätigkeit“ nichts anderes als den Beweis der Nichterfüllung vertraglicher Pflichten und im übrigen das Gegenteil der Abrüstung erbrachte.

Man wird also aller Wahrscheinlichkeit nach am Donnerstag noch einige schöne Reden mit dem obligaten Bedauern halten, sich gegenseitig Komplimente machen und sich dann genau wie besagte Abrüstungskonferenz auf unaufsehbare Zeit vertagen und froh sein, der konzentrierten, drängenden Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wieder einmal für einige Zeit entronnen zu sein. Und Herr Macdonald, der vor jeder besseren Konferenz die unbedingte Notwendigkeit des Erfolges zu verkünden und dann selbst einen großen Anlauf zu starten pflegt, wird sich, typischer Romantiker in der Politik, erschöpfen von so vielen wieder verpaßten Gelegenheiten nach Schottland zur Erholung zurückziehen, als sei ein großes Werk getan.

Das haben unterdessen, wie schon gemeldet, in aller Stille und fast von heute auf morgen die Russen

mit ihrem neuen, auf breiter Basis angelegten Ostpakt geschafft. Mit einer Aktivität, die an die Tage der Kon-

ferenz von Genäva erinnert und deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind, haben sie das Schwerkgewicht ihrer Außenpolitik vom Fernen Osten nach Europa verlegt. Während sie die Weltwirtschaftskonferenz neben halten ließen, sicherten sie sich mit dem nun abgeschlossenen Pakt eine neue Bewegungsfreiheit im Nahen Osten, die Ausblicke von größter Bedeutung eröffnet. Wir werden hier noch darauf zu sprechen kommen. In der polnischen Presse wird der Pakt geradezu überschwänglich gefeiert, aus mehr als einem Grunde. Und Amerika erwägt nicht nur die offizielle Anerkennung der Sowjetrepublik, sondern erwägt weiter sogar die Begebung neuer russischer Anleihen im Betrage von 100 Dollarmillionen.

Amerika hat sich zunächst von der europäischen Bühne zurückgezogen, Rußland ist im Kommen. Man wird die russische Außenpolitik der nächsten Zeit sehr aufmerksam verfolgen müssen.

Das Ende der Weltwirtschaftskonferenz.

Die Entscheidung auf Donnerstag vertagt.

Mit größter Spannung wurde in Konferenzkreisen der Abschluß der Bürokratie am Dienstagabend erwartet. Schließlich wurde bekannt, daß sich das Büro auf Donnerstag vertagt habe. Die Vertagung ist ohne Zweifel beschlossen worden, weil die Konferenzleitung Zeit gewinnen will, vielleicht noch eine Uebergangsformel auszuarbeiten. Darüber, daß die Konferenz praktisch tot ist, besteht allerdings allgemein kein Zweifel mehr.

Der Unterausschuß für Wirtschaftspolitik vertagt sich.

Der Unterausschuß für Wirtschaftspolitik erörterte am Dienstagmittag die Frage der Zollschranken. Bei der Vertagung erklärte der Vorsitzende R o g m a n n, daß der Zeitpunkt der nächsten Zusammenkunft von dem Büro der Konferenz festgelegt werden würde.

Bereinbarung über Begriffsbestimmung eines Angriffes in London unterzeichnet.

In der russischen Botschaft in London wurde am Dienstagmittag eine Vereinbarung über die Begriffsbestimmung eines Angriffes von den Vertretern Rumäniens, der Tschechoslowakei, der Türkei, der Sowjetrepublik und Südslaviens unterzeichnet. Das Abkommen ähnelt dem am Montag von acht Staaten unterzeichneten Abkommen, enthält jedoch einen zusätzlichen Artikel, der das Recht zum Beitritt auch auf andere Länder ausdehnt.

Preußen werde als Hausmacht unmittelbar in die Hand des Reiches gelegt. Der Vortragende nannte das Reichsstatthaltergesetz den größten Wurf, der der Regierung Hitler bisher gelungen sei, und mit dem sie den nationalen deutschen Einheitsstaat tatsächlich geschaffen habe.

Aus den drei Grundgesetzen ergebe sich folgende neue Stellung des Reiches gegenüber den Ländern und den bisherigen gesetzgebenden Körperschaften:

Die Stellung des Reiches gegenüber den Ländern ist wesentlich stärker geworden. Politisch gesehen gibt es heute bereits den einheitlichen, nationalen deutschen Staat, da in Reich und Ländern nur ein einheitlicher politischer Wille herrscht. Die Länder haben in politischer Hinsicht ihr Dasein verloren. Eine besondere Stellung nimmt jedoch Preußen ein. Eine besonders enge Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen ist sichergestellt und ein Einfluß Preußens auf die Gestaltung auch der vereinfachten Gesetzgebung ist gewährleistet.

Stahlhelm der obersten SA-Führung unterstellt.

Ein Erlass Adolf Hitlers.

Als Ergebnis der Führertagung in Bad Reichenhall wird folgende Verordnung des Führers veröffentlicht: „Unter Leitung des Chefs des Stabes der SA fand vom 1. bis 3. Juli in Bad Reichenhall eine Tagung der höheren SA- und SS-Führer statt, zu der Bundesführer Selbste mit zahlreichen höheren Stahlhelmführern geladen war. Die Tagung, die auch besonders dem gegenseitigen Kennenlernen der in einer Front kämpfenden Führer diente, war von herzlichem, kameradschaftlichem Geist getragen. Das gemeinsame Ziel und die persönliche Verbundenheit der nunmehr geschaffenen soldatischen Front verbürgen eine dauerhafte Kampfgemeinschaft. Im Einvernehmen mit Bundesführer Selbste ordne ich daher an: Der gesamte Stahlhelm tritt unter den Befehl der obersten SA-Führung und wird nach ihren Richtlinien neu gegliedert. Der Jungstahlhelm und die Sporteinheiten werden durch die Stahlhelmeinheiten auf Befehl der obersten SA-Führung entsprechend den Gliederungen der SA neu zusammengefaßt. Diese Umstellung muß bis zu einem Zeitpunkt beendet sein, den die oberste SA-Führung noch bestimmt. Für die übrigen

Reich und Länder.

Staatssekretär Pfundtner sprach.

Der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Dr. P f u n d t n e r, hielt am Dienstagabend in der Verwaltungsakademie einen in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerten Vortrag.

Der Staatssekretär erläuterte besonders Sinn und Zweck der drei großen Gesetzgebungswerke: Gleichhaltungsgesetz, Reichsstatthaltergesetz und Gesetz der Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Wenn man das Ermächtigungsgesetz als die vorläufige Verfassung ansehe, so sei das Gleichhaltungsgesetz der erste Schritt zur Ausführung dieser vorläufigen Verfassung. Es stelle das Verhältnis von Reich und Ländern auf völlig neue verfassungsrechtliche Grundlagen mit dem Ziel einer starken Reichsgewalt. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen werde damit endgültig beseitigt und

Selbst helfen!

Ein Aufruf des Reichsausschusses „Brüder in Not“.

Die im Reichsausschuß „Brüder in Not“ zusammengefaßten volkswirtschaftlichen und kirchlichen Verbände erlassen folgenden Aufruf:

„Eine furchtbare Hungersnot breitet sich über Rußland aus. Millionen von Menschen, Bauern und Arbeitern, sind ihr bereits zum Opfer gefallen. Ganze Landstriche sind ausgestorben, Verzweiflung und Grauen sind in die Dörfer und Städte eingezogen.“

In diese Hungerkatastrophe sind anderthalb Millionen unserer deutschen Volks- und Glaubensgenossen mit hineingerissen. Zehntausende der treuesten und tüchtigsten deutschen Menschen werden von der Hungerpest dahingerafft. Tausende von Notleidenden und Hilfslosen geben täglich Kunde von der entsetzlichen Todesnot, in die sie schuldlos geraten sind. Gras, Baumrinde, Torf, Eibischen, Kröten, Ratten, Hunde und Kadaver müssen den Zusammenbrechenden und Verzweifenden als letzte Nahrung dienen. Auf den Feldern und an den Landstraßen liegen die Leichen der Verhungerten. Seuchen und Epidemien halten ihre grausige Ernte.

Wir können nicht länger schweigen! In unbeirrbarer Treue zu unserem Volkstum, in grenzenloser Liebe zu unseren verderbenden Brüdern erheben wir laut und eindringlich vor aller Welt unsere Stimme. Es geht nicht mehr um diese oder jene Form des Lebens,

es geht um das nackte Leben selbst!

Dieser Riesennot ist unsere bisherige Hilfe nicht gewachsen. Darum wenden wir uns an das gesamte deutsche Volk mit dem Ruf: Helft uns retten, ehe es zu spät ist! Wir dürfen unsere Volksgenossen nicht der Vernichtung preisgeben. Ihre Rettung ist Sache aller Deutschen, im Reich und in der ganzen Welt!

Jeder Deutsche beweist die Verbundenheit mit seinen Brüdern, die in Not und Tod versinken, durch ein Opfer für die allgemeine Volksammlung. Alle Spenden fließen auf das Reichsscheckkonto „Brüder in Not“, Berlin 85 000. In seinem schweren Kampf um Leben und Freiheit kann das deutsche Volk nicht allen Notleidenden in Rußland die rettende Hand bieten. Hier erhebt allen Völkern und Kirchen der Welt eine unabwiesliche Pflicht und eine hohe Aufgabe. Im Namen der christlichen Nächstenliebe und der Menschlichkeit rufen wir unsere Freunde in aller Welt auf, sich mit in den Dienst der rettenden Liebe zu stellen und teilzunehmen am Rettungswerk für die hungernden Millionen in Rußland.“

Die Finanznöte der Gemeinden.

Die allgemeine finanzwirtschaftliche Krise der öffentlichen Hand hat die Gemeinden und Gemeindeverbände am stärksten betroffen. Während das Reich und die Länder ihre haushaltsmäßigen Fehlbeträge bislang und zum großen Teil sogar verhältnismäßig leicht kassenmäßig überbrücken, mehrten sich die Fälle, in denen Gemeinden und Gemeindeverbände ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr pünktlich nachkommen können. Ihre Zahlungsunfähigkeit erstreckt sich, da sie zur Tragung ihrer öffentlich-rechtlichen Lasten durch Sonderüberweisungen und Dotationen seitens des Reiches und der Länder immer noch notdürftig instand gehalten werden, hauptsächlich auf die Verzinsung, Tilgung und Rückzahlung ihrer Anleihen und sonstigen Darlehen, teilweise aber auch schon auf andere bürgerlich-rechtliche Zahlungsverpflichtungen für geleistete Lieferungen und Dienste.

Die breitere Öffentlichkeit erhielt von diesem mißlichen Zustande der Gemeindefinanzen seinerzeit zuerst Kenntnis durch die aufsehenerregenden Vergleichs- und Stillhalteverhandlungen der Städte Frankfurt a. M. und Köln. Da es sich in diesen beiden Fällen gerade um die steuerkräftigsten Städte Deutschlands handelt, neigte anfangs die öffentliche Meinung dazu, anzunehmen, daß die Zahlungsunfähigkeit der Städte in erster Linie auf ihre unvorsichtige und verschwenderische Finanzwirtschaft in der Vergangenheit zurückzuführen sei. In dieser Schärfe ist der Vorwurf schon gegenüber diesen beiden Städten, jedenfalls aber gegenüber der Finanznot der übrigen Gemeinden und Gemeindeverbände, die ebenfalls zahlungsunfähig geworden sind, nicht aufrechtzuerhalten. Gewiß läßt sich auch in den meisten anderen Fällen eine mehr oder weniger erhebliche Mitschuld der kommunalen Finanzpolitik nachweisen. In der Hauptsache ist ihre Finanznot aber eine Folge der Wirtschaftskrisen und der Regelung des kommunalen Finanzbedürfnisses nicht genügend berücksichtigenden Finanzausgleichs, also von Momenten, die der Selbstverwaltung nicht zur Last gelegt werden können.

Diese Feststellung ist für die Lage der kommunalen Gläubiger deshalb nicht ohne Belang, weil sie zu der Hoffnung berechtigt, daß eine Wendung der allgemeinen Wirtschaftslage zum Besseren die Zahlungsverpflichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände alsbald von selbst beheben würde und die Gläubiger dann ohne weiteres zu ihrem Gelde kommen werden. Obgleich die Summe der notleidenden Zahlungsverpflichtungen der Gemeinden (Gv.) zur Zeit immer noch anwächst, besteht für die Gläubiger kein Anlaß, an der endgültigen Erfüllung ihrer Forderungen zu zweifeln. Der anfängliche Pessimismus der kommunalen Gläubiger, der sich in einem jähen Absinken der Kurse von städtischen Anleihen und sonstigen Schuldverpflichtungen ausdrückte, hat deshalb mit Recht einer einsichtigeren Auffassung Platz gemacht. Die bisherigen Stillhalte- und Vergleichsverhandlungen werden zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß geführt und die Kurse der Kommunalanleihen usw. sind wieder stark gestiegen, wenn sie auch den Parifand noch lange nicht erreicht haben, und folgen jetzt im allgemeinen dem Schicksal der übrigen börsengängigen Wertpapiere ähnlicher Art.

Trotz dieser fortschreitenden Beruhigung darf man die Augen nicht dafür verschließen, daß die immer weiter um sich greifende Zahlungsverpflichtung der Gemeinden und Gemeindeverbände ein finanzpolitisches Problem von allergrößter Wichtigkeit für die Finanzwirtschaft nicht nur der Gemeinden, sondern auch der gesamten öffentlichen Hand ist. Eine möglichst baldige Beseitigung dieses Zustandes ist eine der wesentlichen Grundbedingungen für die Wiederherstellung des öffentlichen Kredites und die Wiedereroberung eines gesunden Anleihemarktes für die Gesamtheit der Gebietskörperschaften.

Neuer Geist in Arnsberg

Senkung der Verwaltungskosten.

Wieder patriarchalische Verwaltung

Dortmund, den 3. Juli.

Der Regierungspräsident von Arnsberg, v. Stockhausen, machte in einer Pressebesprechung sehr beachtliche Ausführungen über die Aufgaben und die Ziele der Regierung für die nächsten Jahre und wies Wege zur Lösung der verschiedenartigen Probleme, die die Regierung beschäftigen. Der Regierungspräsident erläuterte einleitend die besondere Struktur des Regierungsbezirkes, der die Größe des früheren Königreiches Württemberg erreichte. Das Industriegebiet mit seiner hochentwickelten Eisen- und Kohlenindustrie sei der dichtestbesiedelte Bezirk im ganzen Reich.

Die Regierung liege in Arnsberg in verkehrstechnischer Hinsicht sehr ungünstig. Umso mehr sei sie bestrebt, mit der Bevölkerung in engem Kontakt zu bleiben und auch mit der Presse die wünschenswerte Fühlung zu halten. Zur Erreichung dieser Ziele hat der Regierungspräsident besondere Sprechstage für die Bevölkerung eingerichtet und von der Staatsregierung die notwendigen Mittel zur Errichtung einer Pressestelle bewilligt erhalten, die demnächst ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Man wolle in Zukunft nicht am grünen Tisch arbeiten, sondern Volk und Regierungsarbeit in Einklang bringen. Stadt und Land müßten sich zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Volksganzen die Hand reichen. Insbesondere müsse in dem Verhältnis zwischen Regierung und Gemeinden enge Verbundenheit auf der Grundlage gemeinsamer sachlicher Arbeit zum Nutzen des Volkes des Regierungsbezirkes zum Ausdruck kommen.

Das Volk fordere mit Recht Sauberkeit und Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung. Nur durch Senkung der Verwaltungskosten und der Kosten der der Verwaltung nahestehenden kommunalen Gesellschaften auf ein Minimum könnten die Gemeinden von dem Steuerdruck befreit werden. Die in der Durchführung begriffene Reorganisation der Gemeindeverwaltung sehe u. a. eine stärkere Berücksichtigung der ehrenamtlichen Tätigkeit, die Senkung der Kosten für Kraftwagenhaltung, die Abschaffung besonderer Zuschüsse, den Abbau überhöhter Gehälter und die Einstellung der Löhnezahlungen an die Leiter kommunaler Gesellschaften vor. Aber trotz aller dieser Maßnahmen werde es jahrelanger Arbeit bedürfen, um die erheblich verschuldeten Industriegemeinden von den drückenden Lasten zu befreien.

Nach den neuesten Feststellungen seien allein die Gemeinden des Industriegebietes mit 327 Millionen Mark Schulden belastet. Der Initiative der neuen Verwaltungsleiter sei es zu verdanken, daß beispielsweise in Dortmund gegenüber 1931 bereits 16,5 Millionen, in Bochum 9 Millionen von dem Defizit abgestrichen werden konnten. Trotzdem bleibe eine großzügige Regelung der Schulden der Industriefürsorge eine unabwiesbare Forderung. Die schwankenden Wohlfahrtslasten erschweren den Gemeinden die Aufstellung klarer Finanzpläne. Die Erwerbslosenfürsorge müsse finanziell von dem Haushalt der Gemeinden gelöst werden, damit diese wieder mit festen Summen arbeiten könnten.

Ebenso dringend wie bei den Städten sei die Ver-

waltungsreform auf dem flachen Lande. Die Wasserlospämter müßten beseitigt werden. Der Regierungspräsident hob hervor, daß er ohne den Entschluß der Regierung vorgehen zu wollen, persönlich auf dem Standpunkt stehe, daß man durch Abschaffung der Ämter wieder zu einer patriarchalischen Verwaltung kommen müsse. Nur durch Verwaltungsvereinfachung könne der Landwirt von dem örtlichen Steuerdruck befreit werden. Das Verschwinden der Wohlfahrtserverslosen auf dem flachen Lande werde sich auf die Städte günstig auswirken.

Der Schwerpunkt der Erwerbslosigkeit liege im Industriegebiet. Von den insgesamt 143 214 Wohlfahrtserverslosen des Regierungsbezirkes Arnsberg entfielen allein auf das Industriegebiet 114 711, davon auf Dortmund 38 000, auf Bochum 18 000 und auf Hagen 9000. Der Ennepe-Ruhr-Kreis habe 11 000, der Landkreis Unna 6000 und der Landkreis Zisterloh 4000 Wohlfahrtserverslose. Wir könnten daher verlangen, daß wir von der Reichs- und Staatsregierung in Bezug auf die Arbeitsbeschaffung bevorzugt behandelt würden, denn nirgend im Reich gäbe es eine solche Zusammenballung von Menschen wie im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Deshalb müßten wir, wenn demnächst das große Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung herauskommt, auf dem Plan sein.

In diesem Zusammenhang wies der Redner mit besonderem Nachdruck auf die dringende Notwendigkeit des Ausbaues des Dortmund-Ems-Kanals hin, der für uns von lebenswichtiger Bedeutung sei. Um die Industrie in die Lage zu versetzen, möglichst billig zu produzieren, müsse der schon lange gehegte Plan, den Dortmund-Ems-Kanal, der nur eine Geschwindigkeit von 3 Kilometer und Fahrzeuge mit 700 Tonnen Höchstladegewicht zulasse, zu vertiefen und zu verbreitern, jetzt endlich in Angriff genommen werden. Die erforderlichen Kosten von 160 Millionen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen, zumal hierbei 15 000 Arbeiter über 5 Jahre lang beschäftigt werden könnten. Die Kosten könnten aber nicht von den Gemeinden getragen, müßten vielmehr vom Reich übernommen werden. Man dürfe auch nicht übersehen, daß sich der Betrag noch um die Summe vermindere, die an Unterstützungsgeldern für Erwerbslose eingespart würden.

Zum Schluß brachte der Regierungspräsident zum Ausdruck, daß er und die ihm nachgeordneten Stellen künftig in aller Öffentlichkeit arbeiten wollten. Alle Arbeiten sollten getragen sein von dem großen Glauben an die Sendung Adolf Hitlers und an den Neuaufbau unseres dritten Reiches, um unsern deutschen Völkern eine saubere Wohnung zu schaffen, besonders im Regierungsbezirk Arnsberg.

Im Anschluß an die Ausführungen des Regierungspräsidenten v. Stockhausen wies Gauleiter Wagner von der NSDAP darauf hin, daß noch wichtiger als der Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals die Durchführung des seit Jahren schwebenden Hansa-Kanal-Projekts sei. Seiner Ansicht nach geht bei der augenblicklichen Abwicklung des Umschlagsverkehrs wertvolles Volksvermögen an Holland verloren. Wenn es gelänge, durch den Hansa-Kanal eine Steigerung des Umschlages in den deutschen Häfen zu erreichen, würde eine wesentliche Besserung unserer Finanzlage eintreten.

Deutschland und Polen

Schutz für die deutschen Brüder in Polen.

Antrag der Reichsregierung im Haag.

Beim Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag ist ein Antrag der deutschen Regierung auf Einleitung eines Verfahrens gegen die polnische Regierung wegen der Anwendung der polnischen Agrargesetzgebung auf die deutsche Minderheit in den Weiwodschaften Posen und Pommerellen eingegangen. Der Antrag stützt sich auf das Recht, das der deutschen Regierung in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes für den Schutz der Minderheiten zuerkannt ist. In ihrem Antrag bittet die Reichsregierung den Gerichtshof, gewisse Verletzungen dieses Vertrages zum Nachteil polnischer Staatsangehöriger deutscher Abstammung festzustellen und deren Wiedergutmachung anzuordnen.

Der vorstehend wiedergegebene deutsche Antrag ist ein besonders erfreuliches Zeichen dafür, daß die national-revolutionäre Reichsregierung sich in einer erheblich aktiveren Form der deutschen Brüder in den seit 1919 polnischen Gebieten annimmt, als es die früheren Regierungen getan haben. Abgesehen von wenigen Fällen, wie etwa in bei der Klage um die großen Stickstoffwerke in Chorzow, für die Polen entgegen seinem Enteignungsplan eine Entschädigung zahlen mußte, beschränkte man sich in den Zeiten der Republik Weimarer Prägung im allgemeinen mit papiernen Protesten, die natürlich wirkungslos blieben. Ja, der Nachfolger Stresemanns im Außenministerium, Dr. Curtius, belam es sogar fertig, in einer Reichstagsführung die von den Polen mit allen Schikanen verfolgten Deutschen jenseits der polnischen Grenze zu „loalem“ Verhalten gegenüber der polnischen Regierung zu ermahnen! Der Entrüstungsturm der damaligen nationalen Opposition zeigte dem Minister, was er angerichtet hatte.

Der jetzige Vorstoß der Reichsregierung greift eine Frage auf, die schon seit Jahren eine einzige lange Liste schwerster Schädigungen der noch in Polen lebenden Deutschen darstellt. Mit Hilfe der sogenannten polnischen „Agrarreform“ wurden alljährlich tausende und tausende Sektar deutschen Besitzes einfach enteignet; die von Staats wegen beraubten Deutschen erhielten entweder gar keine oder eine so geringe Entschädigung für ihr Eigentum, daß die in polnischen Mäht ausbezahlte Summe, in Reichsmark umgerechnet, oft kaum eine dreifache Zahl ergab. Der Form halber enthielten die jährlichen Enteignungslisten auch immer eine geringe Anzahl von Gütern aus polnischem Besitz. Die polnischen Besitzer aber erhielten natürlich entweder eine Entschädigung, die dem Wert ihrer Liegenschaften entsprach, oder die Durchführung der Enteignung wurde stillschweigend „aufgeschoben“, während die Deutschen von Haus und Hof vertrieben wurden. Das

nennen die Polen „Agrarreform“! Wiederholte deutsche Einsprüche und Klagen hatten vor mehreren Jahren ein Versprechen der polnischen Regierung zur Folge, daß die Enteignungen eingestellt wurden, bzw. zu gleichen Teilen durchgeführt werden sollten. Es blieb bei dem polnischen Versprechen; schon das nächste Frühjahr brachte wieder eine neue Enteignungswelle, bei der das Verhältnis zwischen deutschen und polnischen Enteignungen wiederum wie meistens etwa 1:5 lag. Auch mit diesen Terrormassnahmen wurde auf eine erschreckende Weise immer wieder aufgezeigt, daß die Deutschen in Polen so gut wie vogelfrei waren, obwohl sie den „Schutz“ des sogenannten Völkerbundes genießen und obwohl ihre Führer zahlreiche Loyalitätserklärungen gegenüber dem polnischen Staat abgegeben hatten.

Der Antrag der Reichsregierung lenkt die Aufmerksamkeit der Welt nun auf einen der ernstesten Mißstände bei der Behandlung der Deutschen durch die Polen. Sie wird ihren Antrag zu vertreten wissen.

Der Erfolg des Danziger Besuchs in Warschau.

Nach seiner Rückkehr aus Warschau empfing der Präsident des Danziger Senats, Dr. Kaufmann, die Vertreter der Danziger und auswärtigen Presse, um ihnen Mitteilungen über den Staatsbesuch in Warschau zu machen. Er hob hervor, daß die beiderseitigen Regierungsvertreter nicht gleich über die eigentliche Materie verhandelt hätten. Das wäre bei der Fülle des Materials im Rahmen eines eintägigen Staatsbesuches auch zu schwierig gewesen.

Der Besuch hätte den Zweck, die Danzig-Polnischen Beziehungen freundschaftlicher zu gestalten, aber voll erfüllt. „Der Empfang in Warschau“, so sagte Präsident Kaufmann, „war nicht nur korrekt, sondern ich darf feststellen, daß er liebenswürdig war. Wir wurden von allen Behörden, insbesondere auch vom Staatspräsidenten Mosicki und Außenminister Beda, sehr liebenswürdig empfangen. Die verschiedenen Aussprachen ergaben den übereinstimmenden Wunsch, daß es zum Wohle beider Partner sei, wenn die Beziehungen freundschaftlicher oder freundschaftlich würden.“

Als Fazit darf ich sagen, daß ich glaube, daß der Auftakt, den wir mit diesem Besuch beabsichtigten, gelungen ist, und daß nunmehr Respekt und gegenseitige Mißstimmungen, die ja sachliche Verhandlungen immer belasten, beseitigt sind. Es wird Aufgabe schon der nächsten Tage sein, mit der polnischen Regierung das Nähere zu vereinbaren.“

Ein Gegenbesuch der polnischen Regierung wird baldmöglichst erfolgen. Er ist für den Monat August in Aussicht genommen.

zumessen ist. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit wird das Publikum dringend gebeten, in Zweifelsfällen unverzüglich die ordentlichen Polizeibehörden anzurufen und sofort Anzeige zu erstatten, sobald Fälle bekannt werden, in denen mit gefälschten Personalausweisen Mißbrauch getrieben wird."

Dösterreich und das Reich.

Wiener Stimmungskommentare.

Halbamtlich wird in Wien der Artikel einer reichs-deutschen außenpolitischen Korrespondenz über die Beziehungen zwischen Deutschland und Dösterreich verbreitet, die die Spätabendpresse unter Titeln wie „Nazis wollen in die Regierung — Koalitionsangebot in Berlin — Gleichhaltung kommt nicht mehr in Frage“ usw. in größter Aufmachung abdrucken.

Der „Telegraf“ will dazu von maßgebender Stelle erfahren haben, wenn diese Äußerung ein Zeichen für die Abnahnung einer Besserung im Verhältnis zwischen Dösterreich und Deutschland sei, so wäre dies sehr erfreulich. Wenn jedoch darin der Versuch einer Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten Dösterreichs erblickt werden müßte, so wäre dieser Versuch völlig verfehlt und auch zwecklos. Eine Annäherung oder gar eine Koalition zwischen den Christlich-sozialen und den österreichischen Nationalsozialisten sei ausgeschlossen. Das Verhältnis zwischen Dösterreich und Deutschland müsse geregelt werden ohne Einflußnahme auf die Verhältnisse zwischen der Regierung Dollfuß und den österreichischen Nationalsozialisten.

Tschechische Justizverbrechen.

Wieder Schandurteile gegen Deutsche.

Vor dem tschechischen Troppauer Kreisgericht hatten sich mehrere junge militärpflichtige Hultschiner Deutsche wegen angeblichen Vergehens gegen das Schutzgesetz zu verantworten. Die Angeklagten hatten sich, als vor einigen Wochen die Aushebungen im Hultschiner Ländchen stattfanden, geweigert, mit den tschechischen Polizeibeamten in einem Auto bus zu fahren. Dieses „Vergehen“ war den tschechischen Justizbehörden ein willkommener Anlaß, die ihnen so verhassten Hultschiner wieder einmal ihre Überlegenheit fühlen zu lassen. Die Angeklagten wurden zu schweren Kerkerstrafen von achtzehn bis drei Monaten verurteilt.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 5. Juli 1933.

In der Laube von Jasmin.

In zarten Liebesliedern spielt die Laube von Jasmin eine große Rolle: die jungen Liebesleute sitzen in dieser Laube und küssen sich, und es ist ein Dufte ringsum, daß man schier die ganze Welt darüber vergißt. Man muß aber schon gründlich verliebt sein, um diesen süßen Duft, der einem Herz und Kopf benimmt, lange aushalten zu können. So herrlich er auch sein mag — wie herrlich er ist, können wir jetzt, in der Jasminzeit, wieder erkennen —, so schwül und betäubend wirkt er. Aber die Liebesleute achten das eben nicht!

Dabei haben wir in unseren Breiten noch nicht einmal den richtigen Jasmin, sondern nur eine wilde Abart, die in einigen Gegenden auch Pfeifenstrauch genannt wird, weil die Orientalen aus den hohlen Zweigen Pfeifenröhren machen. Der Orient ist es, dem wir den Jasmin mit seinen weißen oder gelben Blumen verdanken. Wir kennen einen Malabarjasmin und einen arabischen Jasmin, der auch Nachtblume heißt, und es gibt daneben noch eine große Anzahl anderer Jasminarten. Der Malabarjasmin wird hauptsächlich zur Bereitung des in der Parfümerie sehr gesuchten Jasminöls benutzt. Dieses aus dem Blumenduft der Jasminblüten gewonnene Öl wird namentlich an der französischen Riviera, in Grasse und in Nizza, hergestellt. Neben diesem richtigen Jasminduft gibt es aber noch einen ähnlich duftenden Ersatzstoff, der kurzweg Jasmin genannt wird. Was den arabischen Jasmin betrifft, so werden in Ostindien seine Blumen in Häusern und Tempeln ausgestreut, auf daß sich ein schwerer Duft verbreite. In China benutzt man die Blüten zum Parfümieren des Tees. Bei uns ist man vielerorts auf den Gedanken gekommen, gleich einem ganzen Jasminzweig, einen Tee aus Jasminblüten und Jasminblättern herzustellen: von diesem Tee heißt es, daß er beruhigend auf die Nerven wirke.

Das ist ein ganzes Stück Jasminprosa, die aber neben der Jasminpoesie nicht aufkommen kann. Schon die Dichter des Orients, Perser und Indier und Araber, haben den Jasmin immer und immer wieder besungen und ihn mit „Nüsbül“, der persischen Nachtigall, in Beziehungen gebracht: wo ein Jasminstrauch besungen wird, singt bestimmt auch die Nachtigall. Die abendländischen Dichter haben es den morgenländischen dann nachgetan, und so haben auch wir den Jasmin allmählich in unser Herz geschlossen, wenn er uns auch hin und wieder einige Kopfschmerzen verursacht.

Warnung vor der Benutzung verzinkter Gefäße

Bei Zubereitung und Aufbewahrung von Lebensmitteln.

In der letzten Zeit sind, wie der preußische Innenminister bekanntgibt, wiederum mehrere Vergiftungsfälle auf die Verwendung von verzinkten Gefäßen bei der Zubereitung oder Aufbewahrung von Lebensmitteln, insbesondere von solchen, die Säuren enthalten (Salate, Sauerkohl, Beeren, Fruchtsäfte, Marmeladen u. a.), zurückzuführen gewesen. Das Zink löst sich in den säurehaltigen Lebensmitteln und macht diese genußuntauglich und gesundheitsschädlich. Der unangenehme metallische Geschmack wird dabei oft durch andere Stoffe verdeckt und somit nicht beachtet. Vor der Verwendung verzinkter Gefäße in der Küche bei der Herstellung von Lebensmitteln kann daher nicht eindringlich genug gewarnt werden. Die Verwendung von verzinkten Gefäßen ist außerdem nach § 3 Ziff. 2 des Gesetzes über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen vom 5. Juli 1927 verboten.

* **Ruhezu 19 000 Werkstätige erhalten Arbeit.** Mit ihrer soeben erfolgten 2. diesjährigen Baugeldverteilung von 4,8 Millionen RM an 375 deutsche und österreichische Baupäpater hat die Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg-Württ. wiederum für viele tausend Handwerker und Arbeiter Arbeit während der Bauzeit geschaffen. Bis heute hat diese größte Baupar-Kasse insgesamt 14 874 Wohnhäuser mit über 212 Millionen RM finanziert.

* **Hochseefahrt.** Wie uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal mitteilt, sind die ausführenden Programme für die 2. diesjährige Sonderfahrt nach Hamburg und der norwegischen Küste vom 5. bis 9. August nunmehr unentgeltlich bei den Fahrkartenausgabestellen zu haben.

* **Fahrtvergünstigungen auf der Reichsbahn zum Gauparteitag der NSDAP.** Aus Anlaß des Gauparteitages der NSDAP. und des Aufmarsches der gesamten westfälischen SA in Dortmund hat die Reichsbahnverwaltung Anweisung gegeben, daß auf allen Bahnhöfen der Provinz Westfalen und des Landes Lippe Sonntagskarten nach Dortmund ausgelegt werden. Die Sonntagskarten gelten vom Samstag mittag 12 Uhr bis Sonntag mittag 12 Uhr. Ein Ausweis für die Inanspruchnahme der Sonntagskarten ist nicht erforderlich. Sie werden auch auf den Stationen ausgegeben, auf denen sonst Sonntagskarten nach Dortmund nicht ausliegen.

* **Fahrtvergünstigungen auf der Reichsbahn auch zum Westfälischen Sängerbundesfest in Dortmund.** Für das am 15. und 16. Juli in Dortmund stattfindende Westfälische Sängerbundesfest gibt die Reichsbahn auf allen Stationen im Umkreis von 150 km von Dortmund Sonntagsrückfahrkarten aus. In den Genuß der Sonntagsrückfahrkarten kommen mithin auch Teilnehmer aus solchen Orten, in denen sonst keine Sonntagskarten nach Dortmund ausliegen. Auf die Vorlage eines besonderen Ausweises verzichtet die Reichsbahn im Interesse einer glatten Verkehrsabwicklung. Die Sonntagsfahrkarten haben die übliche Gültigkeitsdauer von Samstag mittag 12 Uhr bis Montag mittag 12 Uhr. Die auswärtigen Besucher der Festaufführung der Kantate „Vor deutscher Rot“ können von dieser Regelung ebenfalls Gebrauch machen, ohne daß für sie ein Zwang besteht, die Eintrittskarten als Ausweis am Fahrkartenschalter vorzulegen.

Salver

(Zum Kreisjugendkartreffen evangelischer Männer- und Jünglingsvereine des Kreisverbandes Altena-Lüdenscheid wird auch die Jungschargruppe des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins Salver fahren. Die Gruppe hat eine Stärke von 30—35 Mann und steht unter Leitung von Wilhelm Schmidt, Elberfelderstraße. Das Treffen findet am Samstag, dem 8. und Sonntag, dem 9. Juli in Dahle statt. Das Abbremsen eines Lagerfeuers am Samstag abend wird mit entsprechenden Darbietungen umrahmt. Dem Jugendgottesdienst am Sonntag morgen, 8 Uhr beginnend, schließen sich Geländespiele an. Der Nachmittag wird unter mancherlei Unterhaltendem noch einen Staffettenlauf um einen Wanderpreis, die Burg Altena bildlich darstellend, für die am Treffen teilnehmenden Gruppen bringen.

—! **Sternfahrt ins schöne Hermannsland!** Der Reisedienst der bekannten westdeutschen Rundfunk-Beischrift — „hör mit mir“ — veranstaltet am Sonntag, 9. Juli eine Sternfahrt in den Teutoburger Wald und zum Hermannsdenkmal. Auch die Leser unserer Zeitung können sich an dieser Fahrt beteiligen. Der Autobus, der mit einem „hör mit mir“-Wimpel gekennzeichnet ist, fährt am Sonntagmorgen um 8,05 Uhr von der Haltestelle Halver-Hbf. ab. Der Gesamtfahrtspreis beträgt RM 8.— und muß mittels einer Zahlkarte eingezahlt werden auf das Postcheckkonto Essen 32 330 an den Reisedienst der Funkwoche — hör mit mir — in Bochum. Diese große Autobus-Sternfahrt führt in den Teutoburger Wald, zum Hermannsdenkmal, nach der wunderschönen Stadt Detmold, Horn-Bad Meinberg, nach den sagenumwobenen Externsteinen, Bad Lippringe usw. In der alten Kaiser- und Bischofsstadt Paderborn wird am Nachmittag Aufenthalt genommen. Jedenfalls überrascht der Reisedienst der Funkwoche — hör mit mir — mit einem sehr guten Reiseprogramm und gibt die Parole heraus: Fahrt alle ins schöne Hermannsland!

Überbrücke. Der MGB. „Westfalia“ Ahlele feierte sein diesjähriges Sommerfest. Für Abwechslung war reichlich Sorge getragen. Schießstand und Regelfahrt sorgten für vorläufige Betätigung. Da auch der Wettergott der Veranstaltung wohlgesinnt war, kamen Besucher wie Veranstalter gut auf ihre Kosten.

Dahlebrück

Einweihungsfeier des Schießstandes des Dahlebrücker Kriegervereins.

Auf dem Gelände am Berghang der Huzarder Waldungen, welches von der Familie Holtzhaus, Delfen, in uneigennützigster Weise dem Dahlebrücker Kriegerverein zur Verfügung gestellt worden ist, ist in kaum 2 Monaten eine Schießstandanlage entstanden, die als musterhaft bezeichnet werden kann. Inmitten einem schönen Laub- und Tannental steht die Schießhalle, welche auf drei Ständen den Besuchern Gelegenheit bietet, den Schießsport zu pflegen. Ein sauberer Vorplatz, auf welchem eine große Fahnenstange steht, trägt mit dazu bei, die Anlage zu einem angenehmen Aufenthaltsort zu gestalten. Diesen Schießstand galt es einzunehmen. Der Verein trat fast vollzählig am Vereinslokal an. Ein langer Zug marschierte am Samstag nachmittag unter Vorantritt des Schalksmühler Musikvereins durch die beflaggte Glöckstraße hinauf zum Schießgelände. Der erste Vorsitzende des Vereins begrüßte die große Zahl der Anwesenden, insbesondere die Herren Bürgermeister Nieder-Westermann, Breckersfeld, Gemeindevorsteher Karl Kimm, Hülshaus und Hermann Göddersmann, Schalksmühle und dankte allen für ihr Erscheinen. Ebenso dankte er allen denen, welche durch Arbeit, Gesteuerung von Fuhrwerken usw. dem Verein geholfen haben, dieses große Werk in so kurzer Zeit fertig zu stellen. Der Redner wies in seiner Rede auf die Bedeutung der Kriegervereine hin und ermahnte alle Kameraden mitzuhelfen an dem Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes. Der Schießstand, so fuhr der Redner fort, soll eine Pflegestätte echter Kameradschaft werden und in diesem Sinne wolle er den Schießstand weihen. Sein Hoch am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Rede galt dem Vaterlande, dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Volkskanzler Adolf Hitler. Hierauf stimmte die versammelte Menge das Deutschlandlied und das Horst-Wessellied an. Es folgte nun eine allgemeine Besichtigung der gesamten Schießplatzanlage. Alle waren voll des Lobes über diese vorbildliche Anlage, die ringsum ihresgleichen sucht. Die Herren Bürgermeister Nieder-Westermann, Gemeindevorsteher Kimm und Göddersmann gaben dann die ersten Schüsse ab und er-

Gerade an heißen Tagen...

wird die herrlich erfrischende Wirkung der Chlorodont-Zahnpaste und des hochkonzentrierten Chlorodont-Mundwassers überaus angenehm empfunden. Gepflegte weiße Zähne und reiner Atem sind überall und zu jeder Zeit eine Empfehlung. Chlorodont Tube 50 Pf., große Tube 80 Pf., auch in den kleinsten Orten erhältlich.

öffneten damit das allgemeine Schießen der Mitglieder. Im Laufe des Nachmittags wurde das Schießen durch eine Ansprache des Herrn Bürgermeister Nieder-Westermann unterbrochen. Er beglückwünschte die Dahlebrücker Bürgererschaft zu dieser Anlage und hoffte, daß dieser Schießstand dem Wehrsport dienen würde, der in der heutigen Zeit der nationalen Erhebung und Erneuerung unbedingt alle Bevölkerungskreise erfassen müsse. Er ließ seine beachtenswerten Ansprache in einem „Siege Heil“ auf dem Herrn Reichspräsidenten und den Volkskanzler ausklingen und wiederum sang die Menge begeistert das Deutschlandlied und das Horst-Wessellied. Im Laufe des Nachmittags wurden rund 1200 Schüsse auf die in 100 m Entfernung stehenden Scheiben abgegeben. Das Schießen wurde durch abwechslungsreiche Musikvorträge des Schalksmühler Musikvereins umrahmt. Um 20 Uhr konnte der 1. Vorsitzende des Dahlebrücker Kriegervereins die Preisverteilung vornehmen und den Siegern wertvolle Preise überreichen. Herr Eugen Krügeloh dankte im Namen der Dahlebrücker Bürgererschaft den Männern, die die Anlage geschaffen haben. Sein Hoch galt dem Kriegerverein Dahlebrück. Bei Fackelbeleuchtung und Musikvorträgen verließen die zahlreichen Besucher bei dem schönen Wetter noch einige Stunden die schöne Kameradschaft und Geselligkeit, an die alle gern zurückdenken werden. Möge der Verein in diesem Sinne weiterarbeiten.

—; **Werbeschwimmfest mit Konzert an der Glöckspitze** Sonntag, den 9. Juli 1933, nachm. 3½ Uhr. Der Schwimmverein „Neptun“ Lüdenscheid, der anerkanntermaßen als führend auf dem Gebiete von Werbeschwimmfesten bezeichnet werden kann, ladet die hiesige Bevölkerung ein, teilzunehmen an einer schönen Schwimmanstaltung verbunden mit Konzert. Der Sv. Neptun verknüpft mit dieser Veranstaltung sein 2. Fest an der dortigen Sperre, sodaß die Tausenden von Zuschauern die voriges Jahr der ersten Veranstaltung beizuhören, am besten darüber urteilen können, was der Verein leistet. Das vor-gezeichnete Programm zu der Veranstaltung am kommenden Sonntag ist ein derartig reichhaltiges, daß es auch diesmal wieder von der Presse und der Bevölkerung glänzend besprochen werden wird. Hoffen und wünschen wir daher, das dem Veranstalter seine eifrige und rührige Arbeit auch diesmal durch den Besuch eines zahlreichen und dankbaren Publikums beschieden sein möge und der Wettergott seinen für die Schwimmer so nötigen und goldenen Sonnenschein spendet. Die Eintrittspreise sind so niedrig wie möglich gehalten, sodaß es jedem möglich sein dürfte, diese schöne Veranstaltung zu besuchen. Alles weitere besagen die ausgehängten Plakate. Einen ausführlichen Bericht über diese Veranstaltung werden wir in der Sonnabendausgabe dieses Blattes bringen.

Kierspe

—s Die diesjährige Kirmes findet am kommenden Sonntag und Montag statt.

—s **Studienrat Dr. Müller**, der nach etwa vierjähriger Tätigkeit in Brasilien seit Anfang dieses Jahres in seiner Heimat in Urlaub weilte, ist am Montag wieder abgereist, um seine Tätigkeit im Uebersee erneut aufzunehmen.

Altena. Die Einwohnerzahl des Landkreises Altena betrug nach der letzten Volkszählung männlich 49 045, weiblich 47 924, zusammen 96 969.

Wettshofen. SPD-Verammlung ausgefallen. Die Polizei und Landjäger hatte erfahren, daß im Ortsteil Roßen in Privatwohnungen seit wöchentlich Versammlungen von früheren SPD-Angehörigen abgehalten wurden. Bei einem Zugriff der unter Hinzuziehung von Hilfspolizei nachts zwischen 10 und 11 Uhr erfolgte, wurden in einer Wohnung am Rosentweg mehrere Personen aus Holzen und Schwerte gestellt. Sie schüßten vor, sich Radio anhören und sich in Esperanto ausbilden zu wollen. Noch in derselben Nacht wurden an mehreren Stellen Durchsuchungen vorgenommen. U. a. fand die Polizei bei dem Arbeiter A. W. ein Flugblatt, in dem Reichsminister Göring als Urheber des Reichstagsbrandes bezeichnet, die Reichsregierung beschimpft und zum Massenstreik aufgefordert wird. Sämtliche Personen wurden in der Nacht in Schutzhaft genommen und die Ermittlungen am nächsten Morgen unter Leitung des stellv. Ortspolizeiverwalters Kehler fortgesetzt. Einige der Festgenommenen sind später freigelassen worden.

Schwelm. Rektor Kirchhoff, Gevelsberg (geborener Halveraner) staatlicher Bevollmächtigter für die Synode Schwelm. Der Bevollmächtigte des Preussischen Staatskommissars für die Kirchenprovinz Westfalen, Pfarrer Adler aus Weslarn bei Soest, beauftragte mit der Ausführung des Amtes als Bevollmächtigter für die Synode Schwelm den Rektor Kirchhoff aus Gevelsberg.

* **Mord in einer Feldscheune.** In einer Feldscheune bei Reheim (Westfalen) wurde die Leiche eines 50jährigen unbekannten Mannes gefunden. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei liegt unzweifelhaft ein Mord vor. Die Leiche wies einen Stich in den Hals auf. Außerdem hat der Mörder seinem Opfer noch mehrere Schläge auf den Kopf versetzt.

Plettenberg. Dr. jur. Kurt Eßler Bürgermeister von Plettenberg. Die von der Stadtverordnetenversammlung gewählte Kommission zur Vorbereitung der Wahl eines Bürgermeisters der Stadt Plettenberg hat den Bürgermeister Dr. jur. Kurt Eßler aus Wengeringhausen in Waldeck zum Bürgermeister von Plettenberg gewählt. Herr Dr. Eßler wurde in Frankfurt a. M. geboren, besuchte in Darmstadt das Gymnasium und bestand in Berlin sein Abiturientenexamen. In Würzburg promovierte er zum Dr. jur. und trat sogleich in den Verwaltungsdienst ein. Bürgermeister Dr. Eßler ist 31 Jahre alt und gehört zu den langjährigen Kämpfern der nat.-soz. Bewegung.

Köln. Ein Rheinrekord gefallen. Fischer-Schwelm von Bad Salzig bis Köln geschwommen. Der durch seine mehrmaligen Kanalüberquerungsversuche bekannte Dauerschwimmer Fr. Fischer aus Schwelm stellte am Sonntag im Rhein einen Dauerschwimmrekord auf. Fischer legte die Strecke Bad Salzig bis Köln (120 Kilometer in 12 Stunden und 13 Minuten zurück und hat damit die bisherige Bestleistung des Kölner Meisterschwimmers Ernst Vierföter aus dem Jahre 1926 (11:15 Std.) für eine 106 Kilometer lange Strecke beträchtlich unterboten. Fischer hat schon mehrfach versucht, den Kanal zu durchschwimmen, seine Versuche scheiterten aber gewöhnlich an der außerordentlich unruhigen See, die er antraf durch die er sich aber etwa 10 Stunden lang durchkämpfte. Im Vorjahr hat der junge Schwelmer sich bereits einen Rheinrekord geholt.

Essen. 5 Hitlerjugungen unter den Toten. Wie vom Obergerichtsführer West der Hitlerjugend mitgeteilt wird, befinden sich unter den 12 Opfern des Unglücks auf der Zeche „General Blumenthal I/II“ in Gerne 5 Hitlerjugungen.

Nah und Fern

○ Die erste schwarze Rose. Das Rosarium in Sangerhausen, die größte Rosenschau der Welt, hat nunmehr die erste schwarze Rose hervorgebracht. Die Versuche, aus mehreren hochwertigen farbigen Rosenarten eine schwarze Rose zu züchten, haben mehrere Jahre gedauert.

○ Bankangestellter veruntreut über eine halbe Million. In Düsseldorf wurde ein 53-jähriger Bankvertreter wegen Betruges und Untreue festgenommen. Er hat eine Anzahl Personen, die ihm höhere Geldbeträge anvertraut hatten, fast restlos um ihr Geld gebracht. Es handelt sich um eine Summe von 500.000 bis 600.000 Mark. Die Gelder sind dem Bankvertreter nicht etwa für ein Bankhaus anvertraut, sondern persönlich in Verwahrung gegeben worden.

○ „Graf Zeppelin“ macht 179 Kilometer in der Stunde. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das zu seiner dritten Südamerikareise fast vollbesetzt gestartet war, traf an der Westküste von Nordafrika besonders günstige Rückenwinde an, so daß es mit der bisher nur seltenen Reisegeschwindigkeit von 179 Kilometer die Höhe von Kap Blanca an der Südgrenze des Staates Rio d'Oro erreichte.

○ Zehnjähriger erschießt neunjähriges Mädchen. Ein tragischer Unfall ereignete sich in Nied bei Nieder-Wallsee (Ostpreußen). Ein zehnjähriger Junge entdeckte beim Spielen das Jagdgewehr seines Vaters und begann mit der Waffe zu hantieren. Plötzlich ging das Gewehr los, und eine Kugel traf ein neunjähriges Mädchen, das sich im Zimmer befand, tödlich in den Hinterkopf.

○ Fesselballon von Flugzeug gerammt und explodiert. Bei einer Flugzeugübung in der Nähe von Toulouse stieß ein Apparat gegen einen Fesselballon, der sogleich explodierte. Dem Flugzeug gelang es, unverletzt zu landen. Der Fesselballon war ohne Besatzung und diente lediglich Angriffsmäusern der Jagdflugzeuge. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

○ Im Kraftwagen verbrannt. Auf der Landstraße nach Charolles (Frankreich) raste ein Auto mit fünf Insassen infolge einer Reifenpanne gegen einen Baum und fing Feuer. Obgleich sofort Hilfe zur Stelle war, gelang es zunächst nicht, an den Flammenherd heranzukommen. Eine junge Frau verbrannte bei lebendigem Leibe. Die übrigen vier Insassen mußten in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus übergeführt werden.

○ Japanisches Bombenflugzeug abgestürzt. Zwischen Tschangschun und Muiden stürzte ein japanisches Bombenflugzeug ab. Zwei Insassen wurden getötet. Der Flugzeugführer konnte sich durch Fallschirmsprung retten.

○ 35 Personen bei Überschwemmung ertrunken. In Nordostchina sind infolge der schweren Regengüsse in den letzten zwei Wochen sämtliche Flüsse aus den Ufern getreten. Bisher sind 35 Personen ertrunken. In einigen Gegenden sind ganze Dörfer vom Hochwasser zerstört worden.

○ Drei Opfer der Eifersucht. In Göttingen (Bayern) drang der erwerbslose Schuhmacher Moritz Eger aus Eifersucht in das Zimmer seiner Geliebten ein und gab zwei Schüsse auf sie ab, von denen einer sein Opfer in der Bauchgegend traf. Dann brachte Eger sich selbst einen Schuß in den Kopf bei. Im gleichen Zimmer wohnte die Hilfsarbeiterin Helene Wiedl, die im Schrecken aus dem Fenster sprang und auf ein Glasdach stürzte, in dem sie mit furchtbaren Schnittwunden hängen blieb.

○ Goldschatz aus der Römerzeit gefunden. Bei Ausschachtungsarbeiten auf dem Domplatz zu Utrecht entdeckte man überraschenderweise einen Goldschatz aus römischer Zeit. Er besteht aus 50 schweren römischen Goldmünzen, von denen jede circa sieben Gramm wiegt. Auf den Münzen sind Köpfe römischer Kaiser, so von Augustus, Tiberius, Claudius und Nero, abgebildet.

○ Matuschla nach Ungarn ausgeliefert. Der Eisenbahnattentäter Matuschla ist nunmehr den ungarischen Behörden ausgeliefert worden, damit er dort wegen seiner in Ungarn begangenen Attentate zur Verantwortung gezogen werden kann. Matuschla wird nach seiner Verurteilung in Ungarn wieder zurück nach Österreich transportiert werden.

○ Ein Vär erscheint im Bürohaus. Kopenhagen wurde in Furcht und Schrecken versetzt durch eine aus einem Zirkus ausgebrochene Värin, die sich in den Straßen herumtrieb und schließlich vor ihren Verfolgern in ein Bürohaus flüchtete, wo sie einem Boten einen Totschlag verfehlte und schließlich in die Räume des Hausfrauenvereins eindrang. Die Värin war aber weniger angriffsstark als erwartet und konnte von einem Wärter eingefangen werden.

○ Eine Million Kilometer geflogen. Flugkapitän Doldi von der Deutschen Luftwaffe, der schon im Feld hervorragend geflogen ist, hat als erster bayerischer Pilot im Luftverkehr eine Million Kilometer zurückgelegt. Flugkapitän Doldi ist der dritte deutsche Flieger, der diese gewaltige Leistung vollbracht hat.

○ Erbauer des Brandenburger Tors wird gefeiert. In der Zeit vom 8. bis 23. Juli finden aus Anlaß des 200. Geburtstages des Baumeisters Carl Gotthard Langhans in Landeshut in Schlesien, der Geburtsstadt des 200. Geburtstages des Baumeisters Carl Gotthard Langhans statt. Langhans ist bekanntlich der Erbauer des Brandenburger Tors in Berlin und zahlreicher bedeutender historischer Bauwerke und Denkmäler.

○ Zwölf Todesopfer der Bechenezexplosion. Mit dem Tode des 39 Jahre alten Bergbauers Hermann Brachmann und des 15 Jahre alten Jungknappen Franz Holtz, die ihren Verletzungen erliegen, hat die Über-tag-Kohlenstaub-Explosion auf der Beche „General Blumenthal“ bisher zwölf Todesopfer gefordert. Der Zustand von zwei weiteren Verletzten ist besorgniserregend.

○ München-Stuttgart, schnellste D-Zugstrecke der Welt. Nach der Elektrifizierung der Strecke München-Augsburg-Ulm-Stuttgart verkehrt auf dieser 246 Kilometer langen Strecke der schnellste D-Zug der Welt. Bei einer Probefahrt betrug die reine Fahrzeit auf dieser Strecke 146 Minuten. Die erreichte Höchstgeschwindigkeit von 151,5 Kilometern ist die größte, die je ein schwerer D-Zug erreichte.

○ Unwetter-Katastrophe in Norditalien. In Norditalien sind neue schwere Unwetter zu verzeichnen. Über Venedig ging ein Wolkenbruch nieder, der von starkem Hagelschlag begleitet war. Die Motorboote der Feuerwehr mußten fortwährend den gefährdeten Waren- und Passagiergondeln zu Hilfe eilen. In der Nähe von Venedig wurde eine Person durch Hagelschlag getötet. In der Provinz Savona (Liguria) hat der Hagel große Teile der Ernte vernichtet, insbesondere dürfte die nächste Weinernte gänzlich zerstört worden sein. In Treviso sind die Wasser des stark angeschwollenen Flusses Sile über die Ufer getreten und in die Maschinenräume der elektrischen Anlage der Stadt eingebrochen.

○ Ein Mann, der dreimal den Hafen von Sebastopol verschob. In Paris wurde der berühmte internationale Schieber Michael Holzmänn in einem Kurshotel verhaftet. Einer seiner tollsten Streiche war die Verschleppung des Kriegsschiffens von Sebastopol (der selbstverständlich nicht ihm, sondern der Sowjetregierung gehört) an drei Industrieunternehmen, ein italienisches, ein englisches und ein deutsches.

○ Jugendliche Diebesbande. In Berlin wurde von der Kriminalpolizei eine jugendliche Diebesbande festgenommen, die aus sechs Köpfen, fünf Jungen und einem Mädchen, bestand und von der keiner älter als 21 Jahre ist. Sie verlegte sich hauptsächlich auf den Diebstahl von Geld und Wertgegenständen auf Sportplätzen und vertrat den Erlös in Kneipen und Cafés.

○ Vater geht mit zwei Kindern in den Tod. In Waldshut (Baden) sprang der 33 Jahre alte Landwirt Ernie in die hochgehende Steinach, nachdem er zuvor von seinen sechs Kindern das vierjährige Töchterchen Anna und seinen fünfjährigen Sohn in die Fluten gestoßen hatte. Der sehr fleißige Mann litt in letzter Zeit an Schwermut. Der Vater und das Mädchen wurden geborgen. Die Leiche des Jungen konnte noch nicht aufgefunden werden.

○ Explosion in einem Pulvermagazin. In wien (Spanien) ereignete sich in einem Pulvermagazin eine schwere Explosion. Zwei Soldaten wurden getötet und mehrere verwundet. Der Sachschaden ist sehr groß.

○ Dampfer mit 1000 Fahrgästen gestrandet. Der französische Dampfer „Aramis“ (24.000 Tonnen) ist auf der Fahrt von Hongkong nach Schanghai mit 1000 Fahrgästen an Bord fünf Meilen östlich der Steepinsel auf einen Felsen gelaufen. Das Schiff liegt vollkommen hilflos in der Hangschaukel fest. Obwohl es schwer beschädigt ist, besteht keine Gefahr des Sinkens. Die Passagiere sind von Hilfschiffen aufgenommen und nach Schanghai gebracht worden.

○ 16 japanische Soldaten durch Giftschlag getötet. Bei den Manövern der japanischen Armee in der Nähe des Fuschij-Berges erlitten viele Soldaten Giftschlag. Bisher werden 16 Todesopfer verzeichnet, doch befürchtet man, daß sich diese Zahl noch erhöhen wird.

○ Der todbringende Schal. Ein tragischer Unfall, der an den Tod der bekannten Tänzerin Isadora Duncan vor zwei Jahren in Nizza erinnerte, kostete einem sechs-jährigen Jungen in Paris das Leben. Der Junge spielte auf der Straße mit einem kleinen Auto unter der Aufsicht seines Großvaters. Als sich dieser für einige Augenblicke entfernte, hatte und zurückkehrte, fand er seinen Enkel tot in dem Auto auf. Sein Schal hatte sich um eins der Räder gewickelt und dem Kinde die Kehle zugezogen.

○ Riefiger Vohngeldbetrug bei einer Stadtkasse. Im Novendor Rathaus wurde von unbekannten Tätern ein sensationeller Einbruch verübt, bei dem den Tälern über 100.000 Lit Bargeld in die Hände fielen. Die Täter öffneten mit Nachschlüssel den Tresor der Stadtkasse und raubten das für die Gehaltszahlung von der Bank am Tage vorher abgeholte Geld. Man vermutet, daß es sich um Personen handelt, die mit den Verhältnissen in der Stadtkasse gut vertraut sind.

○ Der größte Kanal der Welt. Rußland hat soeben der größten Kanal der Welt fertiggestellt. Er stellt einen neuen Wasserweg zwischen dem weißen Meer und der Ostsee her. Die Länge von 227 Kilometer und wurde in 21 Monaten gebaut, während man an dem viel kürzeren Suezkanal zehn Jahre baute. Bisher mußte man, um von der Ostsee nach dem weißen Meer zu gelangen, um Skandinavien herumfahren, jetzt brauchen die russischen Schiffe das russische Gebiet nicht mehr zu verlassen.

Was man noch wissen muß.

Besprechung Dr. Frids mit Vertretern der preussischen Regierung und der Kirche.

Berlin. Entsprechend dem ihm von dem Reichsfinanzminister erteilten Auftrag, im Sinne des Schreibens des Reichspräsidenten vom 30. Juni 1933 Verhandlungen mit den Organen der preussischen Staatsregierung und den Vertretern der preussischen Landeskirchen einzuleiten, hat der Reichsminister des Innern zu einer Besprechung mit den Beteiligten am Freitag, den 7. Juli, 11 Uhr vormittags in das Reichsministerium des Innern eingeladen.

Sindenburg übernimmt das Protektorat über die Saar-Landgebung am Niederwaldendenmal.

Berlin. Der Reichspräsident hat sich bereit erklärt, das Protektorat über die diesjährige Jahresversammlung des Bundes der Saarvereine in Bingen am 2. September, verbunden mit der großen deutschen Saarlandgebung am Niederwaldendenmal am 3. September zu übernehmen.

Früherer kommunistischer Stadtrat als Brandstifter.

Esslingen. Der frühere kommunistische Stadtrat Friesch, Vorsitzender des aufgelösten kommunistischen Waldeheimvereins Esslingen, hat den am 20. Juni ausgebrochenen Brand des Waldheims selbst geleitet. Er hat eine persönliche Täterschaft eingestanden.

Der Norddeutsche Lloyd stellt seine Schiffe dem Balbo-Geschwader zur Nachrichtenübermittlung zur Verfügung. Bremen. Der Norddeutsche Lloyd in Bremen hat sämtlichen Schiffen seiner Nordamerikafahrt Anweisung gegeben, im Fall des Abfluges des Balbo-Geschwaders von Island funktentelegraphische Nachrichten der Flugzeuge besonders aufmerksam zu verfolgen und sich zur Nachrichtenübermittlung zur Verfügung zu stellen.

Stahlhelm-Studentenring Langemarck unterstellt sich dem RSEdW.

München. Der Stahlhelm-Studentenring Langemarck hat sich dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund unterstellt. Auf Grund einer Vereinbarung wird den Mitgliedern des Stahlhelm-Studentenringes die Mitgliedschaft zum RSEdW freigegeben.

25 Todesopfer des Tornados auf Kuba.

New York. Die Zahl der Todesopfer des Tornados auf Kuba beträgt nach den letzten hier eingetroffenen Meldungen 25.

12 Jahre Zuchthaus für den Mörder eines SA-Mannes.

Brieg. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Karl Ziebolz aus Rosenhain (Kreis Brieg) wegen Totschlages zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Ziebolz hatte am Blumsonntag von Ohlau (10. Juli v. J.) auf den SA-Mann Koniegle, der bereits von anderen Reichsbannerleuten zu Boden geschlagen worden war, mit einer Faustlatte eingeschlagen und ihn noch lebend von der Brücke in die Ohle geworfen.

Vom 15 Meter hohen Trapez abgestürzt.

Kopenhagen. In Kolding ist der deutsche Artist Rudolf Nitsch bei einer Freiluftvorführung infolge der Einwirkung des Windes von einem 15 Meter hohen Trapez abgestürzt. Die schweren inneren Verletzungen machen den Zustand des 25-jährigen Berliners äußerst bedenklich.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Jüngere, gewandte Fallhammer-Schmiede

für kleine Gefenkschmiedestücke zum Schmieden von der Stange sofort gesucht.

(Stahl u. NDAV-Mitgl. bevorzugt.)

Erbslöh & Meyer,

G. m. b. H.

Milspe i. W.

Ver. Turn- u. Spielvereine Halver e. V.

Donnerstag, den 6. Juli,

20,30 Uhr

Turnrats-Sigung

in der Turnhalle.

Der Vorsitzende.

Vom Vorrat lieferbar:

Reform-Mattschrot

für Schweine

Kartoffelstücken

und alle anderen Futtermittel, ferner

Vieh- und Speisefalz - Giebefalz.

Bürger & Lausberg,



Ich hab' nun überwunden Kreuz, Leiden, Angst und Not; Durch seine heil'ge Wunden Bin ich versöhnt mit Gott.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 2 1/2 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Schwager und Onkel

Andreas Gutberlet

im Alter von beinahe 76 Jahren, nach langem, schweren Leiden, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Halver, Hagen, Lüdenscheid, Castrop-Rauxel, den 5. Juli 1933.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 8. Juli 1933, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Sterbehause, Südstraße 5, aus statt.

Kranzspenden dankend verboten.

Ingenieurschule Lage Bauschule

Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik, Stahlbau, Tonindustrie, Schiffbau, etc.

Lehrpläne, etc.

Buch- u. Akzidenz-Druckerei

WILH. BELL JR. HALVER i. WESTFALEN

Lieferung u. Herstellung aller ein- und mehrfarbiger

Druckarbeiten

für Privat, Handel, Verkehr u. Gewerbe in sauberer, geschmackvoller Ausführung

Adresskarten, Briefbogen, Couverts, Rechnungen, Geschäftskarten, Kataloge, Lohnzettel, Zahlkarten / Geburts-, Verlobungs-, Vermählungs- und Danksagungs-Karten, Hochzeitszeitungen, Trauerbriefe, Einladungen, Flugblätter, Plakate, Satzungen, Mitgliedskarten u. s. w. Bücher u. Formulare für Behörden

Als besondere Spezialität empfiehlt Kataloge für die Kleinfabrikindustrie

Tausende Klischees stehen kostenlos zur Verfügung

fernsp. Anschluß 442 AMT HALVER

Kölner Effektennotierungen vom 4. Juli.

(* - kein Angebot, keine Nachfrage. - - Notiz nicht aufgenommen.)

Basalt-Einz.	Schuckert 105
Bonner Berg 57 1/2	Stollwerck 68
Deutsche Erdöl	Commerzbank 50 1/2
J. G. Farben 127 1/2	Reichsbank 143
Selbstföhrer Berg	Wolff 180
Mannesmann 62	Colonial Rüd 180

Wöchentliche Preisberichte der Kölner Produktenbörse.

Köln, 4. Juli.

Es bedeutet Roggen, Weizen, Gerste, Winter

z. Sommer

Weizen rhein 20,25-20,50

74 kg 26,75-28,2

Weizen ausl. 17,75-18,0

Roggen rhein 19,75

70-71 kg 15,00-15,40

Roggen nordb. 16,50

Roggen ausl. 16,25-16,50

Gerste ausl. 16,25-16,50

Gerste inl. 16,25-16,50

Gerste inl. 16,25-16,50

Malz grober 22,50-22,75

Malz feiner 22,50-22,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,50

Weizenmehl ausl. 28,25-28,50

Roggenmehl 23,25-23,50

70 kg inl. 24,25-24,50

70 kg inl. 24,25-24,50

Roggenmehl inl. 20,25-20,75

ausl. 21,25-21,75

Weizenmehl inl. 27,5